

GRÜN UND ALTERNATIV IM STADTRAT ASCHAFFENBURG

| | | | | |
|---------------------|--|--|--|--|
| STADT ASCHAFFENBURG | | | | |
| EINGANG | | | | |
| 28.04.2026 | | | | |
| | | | | |

Johannes Büttner, Platanenallee 19, 63739 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
der Stadt Aschaffenburg
Herrn Jürgen Herzing bzw.
Herrn Markus Schlemmer

Johannes Büttner

Stadtrat
Mitglied der grünen Fraktion

28.04.2026

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Das Defizit des Klinikums ist eine große finanzielle Belastung für die Stadt Aschaffenburg - dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grunde ist es unverständlich, wenn zum nicht abwendbaren Defizitbetrag eine zusätzliche Belastung durch nicht notwendige Entscheidungen getroffen werden. Unzumutbar wäre auch die Einführung von Arbeitsbedingungen die eine Gefährdung der Gesundheit von Beschäftigten und der zu betreuenden Patienten darstellt. Ich stelle deshalb auch im Interesse der Öffentlichkeit den

Antrag:

Offenlegung von Sonderbelastungen im Klinikum

Die Zweckverbandsmitglieder werden durch den Stadtrat aufgefordert, von der Geschäftsleitung folgende Informationen in der nächsten Zweckverbandsversammlung zu verlangen.

Im Dezember 2025 wurden 800 E-Autos im Namen der aus der Klinikums gGmbH ausgegliederten „Verwaltungs-GmbH“ als große Tranche bei der Firma Brass geleast? Stimmt es, dass ca. 600 dieser Fahrzeuge auf einem riesigen Parkplatz in Dietzenbach oder anderen Parkplätzen parken und darauf warten, dass neue Beschäftigte der privaten, außertariflichen GmbH (Ausgründung des Klinikums) diese als Dienstwagen zur Verfügung gestellt bekommen?

- Sollte diese Information stimmen, welche Kosten entstehen durch dieses Leasing?**
- Was kosten die Parkgebühren auf diesem Parkplatz für diese nicht genutzten Fahrzeuge?**
- Was ist, wenn diese neue Gesellschaft nicht weiter an Beschäftigten zunimmt und diese Fahrzeuge weiter auf Halde stehen?**
- Können die Verträge kurzfristig wieder gelöst werden?**

Eine zusätzliche finanzielle Belastung des Klinikums durch diese Maßnahmen (Neugründung mit dieser neuen „Arbeits- und Sozialordnung“ plus das Lockmittel E-Autos als Dienstwagen) - im Ganzen mit 6 Mio. Euro - kann nicht im Interesse der Stadt sein und bedarf meiner Ansicht nach der Mitbestimmung der Zweckverbandsmitglieder.

Ich bitte um Bescheid und um fristgemäße Behandlung dieser Anträge.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Büttner
Stadtrat